



>>> UNSERE ARBEIT FÜR DIE BUNDESWEHR

Verteidigungspolitische Bilanz
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die 16. Wahlperiode

Verteidigungspolitische Bilanz 2005 - 2009

Als die Union im November 2005 die Regierungsverantwortung für Deutschland übernahm, fanden wir eine Bundeswehr vor, die sich seit Jahren in verschiedenen Einsätzen bewährt hatte und die sich auch heute weiterhin bewährt. Allerdings mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Voraussetzungen auf dem Weg von der „Armee der Einheit“ zur „Armee im Einsatz“ noch nicht getroffen oder noch nicht umgesetzt waren. Die Transformation war zwar im vollen Gange, aber Geschwindigkeit und konzeptionelle Richtung sowie finanzielle und materielle Unterfütterung waren nicht klar umrissen beziehungsweise nicht sichergestellt.

Die Große Koalition hat in den Jahren 2005-2009 entgegen mancher Prognosen viele Schwachstellen beseitigt und gute Erfolge erzielt. Dennoch bleibt viel zu tun. Die nachfolgende verteidigungspolitische Bilanz zeigt das bereits Erreichte, aber auch das in Zukunft noch Notwendige auf.



Bernd Siebert MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Konzeption und Einsätze

Die Koalition übernahm 2005 die laufenden Einsätze in Afghanistan und auf dem Balkan sowie am Horn von Afrika. Der Einsatz in Afghanistan ist hierbei als Spiegel der veränderten sicherheitspolitischen Lage infolge der Anschläge vom 11. September 2001 beispielhaft.

Um der sicherheitspolitischen Entwicklung Rechnung zu tragen, war eine umfassende konzeptionelle Standortbestimmung der Bundeswehr notwendig. Das im Oktober 2006 vom Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung vorgestellte und vom Kabinett verabschiedete **„Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“** war das dringend benötigte Grundlagendokument für die Herausforderungen unserer Zeit, mit denen sich die deutschen Streitkräfte konfrontiert sehen. Das letzte Weißbuch war 1994 noch unter der Regierung Kohl erschienen. Eine Überarbeitung war also dringend geboten.

Das Weißbuch etablierte unter anderem das Konzept der **„Vernetzten Sicherheit“** als grundlegendes Prinzip deutscher Sicherheitspolitik. Auf der Basis vernetzter Sicherheit arbeitet die Bundeswehr erfolgreich in ihrem Einsatzgebiet **im Norden Afghanistans**. Innerhalb der Allianz ist das Konzept inzwischen als **„comprehensive approach“** die akzeptierte Grundlage für die aktuellen Missionen.

Im Herbst 2008 hat der Deutsche Bundestag den Mandatsrahmen für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten erhöht. Hiermit soll vor allem Flexibilität im Umfeld der im Sommer 2009 stattfindenden Wahlen geschaffen werden.

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan muss aufmerksam verfolgt werden. Wenn die US Streitkräfte die Taliban im Süden und Osten des Landes attackieren, werden diese dorthin ausweichen, wo der Druck geringer ist. Das könnte im Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden sein. Es gibt Indizien, die für ein solches Verhalten der oppositionellen Kräfte sprechen. Wir müssen für diesen Fall gewappnet und bereit sein, unser Kontingent notfalls mit zusätzlichem Gerät auszustatten.

2006 wurde der **EUFOR**-Einsatz der Bundeswehr zur Absicherung der Wahlen im Kongo erfolgreich durchgeführt und planmäßig beendet. Neben den Marineeinsätzen **UNIFIL** vor der libanesischen Küste und **OEF** zur Terrorismusbekämpfung vor dem Horn von Afrika trägt die Marine seit Dezember 2008 im Rahmen der EU-Mission **ATALANTA** ebenfalls im Seegebiet vor dem Horn von Afrika bis zu den Seychellen zur Seesicherheit und zur Abwehr von Piraterie bei. Daneben ist die Bundeswehr weiterhin im **Kosovo** und in **Bosnien-Herzegowina** im Einsatz. Hier kann das Engagement aufgrund der Entwicklung der Sicherheitslage schrittweise reduziert werden. Dies ist ein positives Signal. Der Einsatz hat sich gelohnt. Der Frieden konnte gesichert werden.

Aus diesen vielschichtigen Aufgaben ergibt sich für die Bundeswehr ein Fähigkeitsprofil, das unter den Begriffen „**Helfen, Schützen, Vermitteln, Kämpfen**“ zusammengefasst wird. Helfen, Schützen und Vermitteln sind dabei Fähigkeiten, die im Rahmen ‚Vernetzter Sicherheit‘ auch von anderen Ressorts geleistet werden können. Kämpfen aber kann keine andere Organisation, sondern allein die Bundeswehr.

Richtig ist auch: Wenn Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan oder anderswo im hoheitlichen Auftrag kämpfen, muss sicher gestellt werden, dass sie dies auf der Grundlage von **Rechtssicherheit** tun können. Darum war es richtig und ein Zeichen der Fürsorge, unseren Soldaten einen Rechtsbeistand zur Verfügung zu stellen. Aber dies reicht nicht aus. Die Forderung nach einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die sich mit militärischen Sachverhalten auskennt und diese auch beurteilen kann, wird von uns entschieden unterstützt. Es kann nicht sein, dass Soldaten und Soldatinnen monatelang unter erheblichem psychischem Druck darauf warten müssen, bis die Staatsanwaltschaft eine abschließende Bewertung abgibt.

Ausrüstung und Haushalt

Streitkräfte im Einsatz benötigen auftragskonformes Gerät. Darum war es eines der wichtigsten Projekte der zurückliegenden Legislaturperiode, den Soldatinnen und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung bereitzustellen. Darin sehen wir Parlamentarier unsere vorrangige Verantwortung.

Verteidigungsminister Jung hat Mitte 2006 völlig zu Recht entschieden, die Feldlager in Afghanistan nur noch in geschützten Fahrzeugen zu verlassen. Glücklicherweise konnte die Fahrzeugausstattung in einer gemeinsamen Anstrengung mit der wehrtechnischen Industrie durch Zulauf an geschützten Fahrzeugen **außerhalb der regulären Beschaffungsplanung** inzwischen erheblich verbessert werden. Die Bundeswehr verfügt nun erstmals über genügend Fahrzeuge, um sowohl den Schutz der Soldaten im Einsatzland als auch die Ausbildung in Deutschland zu gewährleisten.

Trotzdem besteht bei der Ausstattungstiefe noch Nachbesserungsbedarf. Wichtig bleibt dabei allerdings, bei den weiteren Beschaffungsvorhaben eine größtmögliche Homogenität der Fahrzeugflotte zu erreichen, da durch zu große Typenvielfalt überproportionale Belastungen für die Materialerhaltung und die Logistik entstehen.

Ungeachtet bestehender Defizite verfügt die Bundeswehr in Afghanistan bereits jetzt über eine Ausrüstung, die es erlaubt, in jeder Situation Überlegenheit zu erlangen. Man muss nur den Mut haben, diese auch einzusetzen. Die Fraktionen im Parlament werden sich mehrheitlich den Forderungen nach Einsatz schweren Geräts nicht verschließen. Falls die Lage in Afghanistan zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten etwa den Einsatz der **Panzerhaubitze 2000** erfordern sollte, so würde das vom Parlament positiv begleitet werden. Aber es muss eine entsprechende Forderung von der militärischen Führung deutlich artikuliert und an den Deutschen Bundestag herangetragen werden.

Im Bereich Aufklärung wird die **KZO** (Kleindrohne Zielortung) einen Qualitätssprung bringen. Es ist gut, dass nun von allen zuständigen Stellen der Bundeswehr die Verlegung der Drohne realisiert wird.

Als weitere wegweisende Beschaffungsvorhaben sind die **Freigate 125**, der dritte **Einsatzgruppenversorger** der Marine sowie der Schützenpanzer **Puma** zu nennen, der den Schützenpanzer Marder nach fast 30 Jahren ersetzen wird. Darüber hinaus ist der Zulauf des GTK Boxer wichtig. Die Realisierung dieser Projekte war nur möglich, weil die Koalition nach langer Durststrecke wieder eine Verstärkung des **Verteidigungshaushalts** erreichen konnte. Der Plafond des Haushalts 2008 wurde um rund 1 Milli-

arde Euro auf 29,3 Milliarden Euro verstärkt, und für 2009 ergab sich eine Steigerung des Etats um weitere 1,6 Milliarden Euro auf nun insgesamt rund 31,1 Milliarden Euro. So wurde ein Stück Flexibilität in der Bundeswehrplanung geschaffen.

Nun gilt es, das Momentum zu nutzen und den positiven Trend fortzusetzen. Das wird angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht leicht werden und große Überzeugungskraft der Sicherheits- und Verteidigungspolitiker erfordern. Das Heer benötigt in den nächsten Jahren weiterhin leistungsfähige Fahrzeuge, gerade im unteren Schutzsegment. Hier wurden die Weichen zur Entwicklung und Beschaffung mit dem modernen und optimal geschützten Fahrzeug **AMPV** bereits gestellt. Aber auch Marine und Luftwaffe benötigen weitere Zuwendungen, um die Modernisierung fortzusetzen und sich für die neuen Herausforderungen zu wappnen.

Soziale Verbesserungen

Besonders wichtig sind die Fortschritte bei der sozialen Versorgung unserer Soldatinnen und Soldaten. Hier hatte sich ein dringender Handlungsbedarf angestaut. Es ist Teil unserer Fürsorgeverpflichtung, die Menschen in der Bundeswehr in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist aber auch ein wesentlicher Beitrag zur Attraktivität der Streitkräfte im Wettbewerb mit zivilen Konkurrenten um die besten Köpfe. Deswegen haben wir im Laufe der letzten Jahre eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, die sich zu einem stimmigen Gesamtkonzept ergänzen.

Vor dem Hintergrund der veränderten Anforderungen an die Streitkräfte hat für uns das **Einsatz-Weiterverwendungsgesetz** hohe Priorität. Damit haben Soldatinnen, Soldaten und zivile

Mitarbeiter, die im Auslandseinsatz verwundet werden, ein Anrecht auf Weiterbeschäftigung in der Bundeswehr erhalten. Das im November 2007 verabschiedete Gesetz ist ein Meilenstein zur Absicherung der Angehörigen der Bundeswehr und ihrer Familien, wodurch die Streitkräfte im Versorgungsbereich in der sicherheitspolitischen Realität angekommen sind.

Um den personellen Überhang von bis zu 4.200 Berufssoldaten abzubauen, haben wir mit dem **Personalanpassungsgesetz** eine Möglichkeit geschaffen, bis 2011 bis zu 1.200 Berufssoldaten, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. So wird die Bundeswehr in ihrer Personalstruktur schrittweise zu einer modernen, verjüngten Einsatzarmee entwickelt.

Das im April 2008 verabschiedete **Wehrrechtsänderungsgesetz** zielt auf eine bessere Vereinbarkeit von Wehrdienst und Ausbildung und auf eine höhere Attraktivität des Wehrdienstes. So wurde der **Wehrsold** zum 1. Januar 2008 **um 2 Euro pro Tag erhöht**. Die letzte Steigerung lag hier bereits 9 Jahre zurück, sodass es an der Zeit war, den Dienst der Grundwehrdienstleistenden nach außen hin sichtbar zu honorieren und das Bekenntnis zur Wehrpflicht zu unterstreichen. Die öffentlichen Gelöbnisse vor dem Reichstag 2008 und 2009 waren ebenfalls ein Ausdruck der Verbundenheit zwischen Bevölkerung, Parlament und Wehrpflichtigen.

Neben der sicherheits- und gesellschaftspolitischen Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht rekrutiert sich noch immer ein Teil der Zeit- und Berufssoldaten aus ehemaligen Wehrpflichtigen. Daher kommt gerade in Zeiten rückläufiger Jahrgangsstärken der Wehrpflicht ein besonderer Stellenwert zu. In speziellen Verwendungen hat die Bundeswehr mit Nachwuchsproblemen

und Abwanderung zu kämpfen. Um Abhilfe zu schaffen, wurde mit dem **Dienstrechtsneuordnungsgesetz** eine Reihe von Attraktivitätsmaßnahmen beschlossen. So wurde für Soldaten der Spezialkräfte eine Prämienregelung eingeführt. Auch den rund 200 Kommandanten der Transportflieger wird eine zeitlich befristete Zulage gezahlt. Gleiches gilt für „Fachärzte in bestimmten Verwendungen und für Rettungsmediziner“, die eine zusätzliche finanzielle Zuwendung erhalten.

Außerdem wurde der steuerfreie **Auslandsverwendungszuschlag** in allen 6 Stufen erhöht. Dies war zuletzt 1995 erfolgt und bedurfte dringend einer Neujustierung. In der höchsten Stufe, die etwa für die in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten gilt, entspricht das einer Erhöhung um 17,97 Euro auf 110 Euro täglich. Insgesamt konnten mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz zahlreiche monetäre Verbesserungen für die Angehörigen der Bundeswehr erreicht werden.

Ebenfalls zur Attraktivitätssteigerung wurde das **Sonderprogramm „Sanierung Kasernen West“** ins Leben gerufen. Insbesondere in den alten Bundesländern besteht inzwischen erheblicher Renovierungsbedarf bei der Infrastruktur. Daher sind im Rahmen des Sonderprogramms über die Zeitachse insgesamt 645 Millionen Euro eingeplant. Darüber hinaus sind weitere 200 Millionen Euro aus dem **Konjunkturpaket II** vorgesehen.

Mit Blick auf die Attraktivität von Streitkräften rücken die so genannten „weichen Themen“ immer häufiger in den Fokus. **Familienbetreuung** und **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sind keine Randgebiete mehr und haben gerade bei jungen Soldatinnen und Soldaten einen hohen Stellenwert. Oft hängt ihre Entscheidung für einen längeren Dienst in der Bundeswehr von

diesen Rahmenbedingungen ab. Hier sind wir auf einem guten Weg, müssen jedoch weitere Verbesserungen erreichen.

Auch das Problem **posttraumatischer Belastungsstörungen** nach Auslandseinsätzen darf nicht länger verdrängt werden. Es ist keineswegs unsoldatisch, Probleme bei der Verdrängung traumatischer Erfahrungen einzugestehen. Hier konnten mit breiter parlamentarischer Rückendeckung nicht nur die Sensibilität für dieses Thema gesteigert, sondern auch zahlreiche Verbesserungen eingeleitet werden.

Streitkräfte fit zu machen für die Erfordernisse einer neuen Zeit, ist jedoch nicht immer nur eine materielle Frage. Durch Überarbeitung der Zentralen Dienstvorschrift zur **Inneren Führung** aus dem Jahre 1993 wurde auch die „Unternehmensphilosophie“ der Bundeswehr an die Herausforderungen der Bundeswehr im Einsatz angepasst. Für dieses Erfolgsetikett erntet die Bundeswehr international höchste Anerkennung.

In enger Verbundenheit mit den Werten der Inneren Führung ist auch die Einführung des **Ehrenkreuzes für Tapferkeit** in der Bundeswehr zu verstehen, die ein wichtiges Zeichen setzt. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Der Dienst, besonders im Auslandseinsatz, ist gefährlich und mit besonderen Risiken für Leib und Leben verbunden. Wer in solchen Situationen außergewöhnliche Tapferkeit beweist, verdient eine besondere Würdigung. Deshalb war es richtig von Verteidigungsminister Jung, die Initiative zu ergreifen und sich für eine Tapferkeitsauszeichnung einzusetzen. Bundespräsident Horst Köhler stiftete das Ehrenkreuz für Tapferkeit am 10. Oktober 2008, und in diesen Tagen werden die ersten Soldaten ausgezeichnet. In ähnlichem Kontext ist das **Ehrenmal** der Bundeswehr zu sehen, das derzeit auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums in

Berlin entsteht. In der Geschichte der Bundeswehr haben rund 2.600 Soldatinnen und Soldaten im Dienst unseres Landes ihr Leben verloren. Sie und ihre Angehörigen verdienen eine solche gesellschaftliche Anerkennung.

Ausblick

In der 16. Legislaturperiode haben wir auf dem Weg, die Bundeswehr an die Einsatzrealität anzupassen, ein großes Stück zurückgelegt. Trotzdem sind die Herausforderungen unverändert groß. Besonders der strategische Lufttransport bedarf einer schnellen Lösung. Die speziellen Fähigkeiten des **A400M** werden in der Luftwaffe dringend benötigt. Durch die aktuellen Verzögerungen muss die Bundeswehr Einschnitte im Leistungsprofil hinnehmen. Um die Zeit zu überbrücken, bis uns die Transportkapazität des A400M voll zur Verfügung steht, sollten wir weiter an einer Zwischenlösung arbeiten, etwa marktverfügbare Flugzeuge leasen.

Außerdem werden uns die Beschaffung geschützter Fahrzeuge, Verbesserungen bei der persönlichen Schutzausrüstung und Innovationen beim Feldlagerschutz weiter begleiten. Um unsere Fähigkeiten zur Aufklärung zu verstärken, werden Drohnen und neue Typen von „Unmanned Arial Vehicles“ (**UAV**) an Bedeutung gewinnen.

Mit Blick auf die **Struktur der Bundeswehr** müssen wir im Rahmen der Transformation ständig hinterfragen, ob das angestrebte Verhältnis zwischen Kampf- und Unterstützungstruppen im Lichte der aktuellen Herausforderungen stimmig ist. In der Struktur der Bundeswehr ausreichend Personal mit Fähigkeiten einzuplanen,

die für die aktuellen Szenarien benötigt werden, also Manöverelemente, die über längere Zeiträume durchhaltefähig sind.

Zu prüfen ist auch, welche Arbeitsbereiche als militärische Kernfähigkeiten bei der Bundeswehr bleiben müssen und welche Tätigkeiten an andere Ressorts oder an nichtstaatliche Partner auslagerbar sind. Nur so wird es möglich sein, auf die Anforderungen der aktuellen und zukünftigen Konfliktszenarien angemessen reagieren zu können.

Wichtig ist auch, den Dienst in der Bundeswehr attraktiv zu halten. Gerade die **Vereinbarkeit von Familie und Soldatenberuf** wird hierbei im Fokus unserer Bemühungen stehen, genauso wie Verbesserungen der Situation bei Versetzungen und Dienstreisen. Außerdem steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als einzige weiterhin ohne Einschränkung zur Wehrpflicht als der nach wie vor besten Wehrform für unser Land. Doch auch der Wehrdienst muss intelligent fortentwickelt und damit attraktiver gemacht werden.

Die Summe der bereits realisierten und für die Zukunft geplanten Maßnahmen fügt sich in ein abgestimmtes und langfristig angelegtes Konzept. CDU und CSU betreiben Sicherheitspolitik und Streitkräfteplanung aus einem Guss, da nur so Flexibilität und Einsatzbereitschaft gewährleistet bleiben. Neben Ausrüstung und Ausbildung sind hierbei das innere Gefüge und die Attraktivität des Militärs als Arbeitgeber besonders zu beachten. Nur wenn wir diese Grundsätze beherzigen, ist die Bundeswehr maximal leistungsfähig im Dienst für unsere Sicherheit.

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Dr. Christiane Schwarte
Redaktion: Dr. Dominik Geißler
(verantw.)
Carola Tank (Layout)
Telefon (030) 227 53015

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.